

Redebeitrag des Oberhausener Jugendbündnisses bei der Protestkundgebung am 16.11.2020 anlässlich der konstituierenden Sitzung des Stadtrates Oberhausen in der Luise-Albertz-Halle.

Gehalten von Tim Tzscheppan

Liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, liebe Ratsmitglieder,

Seit dem 13. September ist klar: Die AfD wird in Zukunft auch in Oberhausen im Rat der Stadt und in allen Bezirksvertretungen vertreten sein.

Das ist ein schwerer Schlag für alle Demokrat*innen, denn auch wenn die AfD gewählt wurde, ist sie noch lange keine demokratische Partei.

Die AfD ist in ihrem Kern antidemokratisch.

In der Vergangenheit ist die AfD besonders durch ihre Verzweigungen und Wählbarkeit für stramm Rechte aufgefallen, kurz nach der Kommunalwahl erklärte beispielsweise der führende Neonazikader Michael Brück, ehemaliger Ratsherr der Partei „Die Rechte“ in Dortmund, das schlechte Abschneiden traditionell rechtsextremer Parteien mit dem steigenden Erfolg der AfD bei rechtsradikalen Wähler*innen.

Diese Wahl ist eine existenzielle Gefahr, besonders für migrantische Communities. Die Politik und das Wording der Oberhausener AfD ist besonders geprägt durch Ausgrenzung, das Schüren von Ängsten und rassistische Vorurteile, besonders in Erinnerung ist da die notgedrungene Löschung des Social Media-Auftrittes, der selbst für AfD-Verhältnisse besonders aggressiv provozierte und regelmäßig Tabubrüche überschritt.

Auch für junge Menschen ist diese Partei besonders gefährlich, denn mit ihrer wissenschaftsfeindlichen Politik bekämpft die AfD wichtige Schritte im Bereich des Klimaschutzes und versucht hier eine Hasskultur gegen die demonstrierenden Schüler*innen, Student*innen und Azubis von Fridays for Future zu erzielen, so gelten stellvertretend die Aktivist*innen Greta Thunberg und Luisa Neubauer als Feindbilder

Hier gilt unabhängig von Partei oder Organisation unser aller Solidarität.

Diese Wissenschaftsfeindlichkeit zeigt sich auch in der aktuellen Krise.

Oberhausener Kommunalpolitiker der AfD kuscheln offen mit Corona-Leugner*innen und ignorierten bereits im Wahlkampf Maskenpflicht, Abstands- und Hygieneregeln.

Ihr OB-Kandidat schüttelte Hände, verzichtete auf Maske und machte sich über Menschen lustig, die Abstand einforderten.

Weil es das alles zu bekämpfen gilt, bin ich sehr froh berichten zu können, dass die Jugendorganisationen von Grünen, Linken und SPD im Oktober ein gemeinsames Jugendbündnis gegründet haben, damit die AfD bei der nächsten Kommunalwahl nicht mehr in unserem Rat der Stadt ist, damit die diskriminierende Propaganda nicht bei jungen Menschen verfängt, damit klar ist, die AfD ist nicht Teil unserer Stadt ist.

Wir laden alle jungen Menschen ein, gemeinsam mit uns für eine solidarische Stadt zu kämpfen.

Alerta